

Gemeinde Röderland

Am Markt 1

04932 Röderland



BEGRÜNDUNG

zur

2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Röderland

Planverfasser



Plan und Recht GmbH

Oderberger Straße 40

10435 Berlin

Bearbeiter:

Malte Arndt, M. Sc.

Prof. Dr. Bernhard Weyrauch

Stand: März 2024

- Entwurf -

INHALT

I	EINLEITUNG	4
1.	Planungsanlass	4
2.	Lage und Größe des Plangebietes	4
3.	Ziele und Zwecke der Planänderung	5
4.	Planart und Verfahren	5
4.1	Änderung des Flächennutzungsplans nach §§ 2 bis 10a BauGB	5
4.2	Verfahrensschritte	6
II	GRUNDLAGEN DER PLANUNG	7
5.	Planerische und rechtliche Grundlagen	7
5.1	Landesentwicklungsplanung	7
5.2	Regionalplanung	10
5.3	Sonstige Konzepte	10
5.4	Sonstige rechtliche Vorschriften	12
6.	Beschreibung des Änderungsbereichs	16
6.1	Topographie und Baugrundverhältnisse	16
6.2	Vorhandene Bebauung und Nutzungen	16
6.3	Verkehrliche Infrastruktur und Erschließung	16
6.4	Ver- und Entsorgungsanlagen	17
6.5	Altlasten, Kampfmittel	17
III	INHALTE DER ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS UND ALTERNATIVEN	18
7.	Begründung der Darstellung zur Art der baulichen Nutzung	18
8.	Standortalternativen	19
IV	AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG, KOSTEN, FLÄCHENBILANZ	21
9.	Auswirkungen der Planung	21
9.1	Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung	21
9.2	Bevölkerung	21
9.3	Verkehr	21
9.4	Emissionen	21
9.5	Bodenschutz, Klimaschutz	21
9.6	Auswirkungen auf die Umwelt und den Artenschutz	22
9.7	Haushalt der Gemeinde und Kosten der Planung	22
10.	Flächenbilanz	22

V	ERGEBNISSE DER BETEILIGUNG, SCHLUSSABWÄGUNG	23
11.	Darstellung der Beteiligung im Planverfahren	23
11.1	Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB	23
11.2	Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB	23
11.3	Förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB	23
11.4	Förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB	23
12.	Schlussabwägung	23
VI	WESENTLICHE RECHTSGRUNDLAGEN	24

I EINLEITUNG

1. Planungsanlass

Die Swisspower Renewables GmbH mit Sitz in Berlin ist die Tochtergesellschaft der Swisspower Renewables AG, einer von Schweizer Stadtwerken gegründeten Beteiligungsgesellschaft, die in Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbarer Energie investiert. Seit vielen Jahren betreibt die Swisspower Renewables GmbH in ganz Deutschland Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien. Aktuell betreibt sie 23 Windparks in Deutschland, möchte aber ihr Portfolio erweitern und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen errichten und betreiben. Zu diesem Zweck ist die Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage in der Gemeinde Röderland, OT Wainsdorf geplant.

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Röderland vom 21.03.2019 stellt für den Geltungsbereich des parallel aufzustellenden Bebauungsplans landwirtschaftliche Flächen dar. Aus dieser Darstellung lässt sich eine Photovoltaik-Freiflächennutzung nicht entwickeln, sodass der Flächennutzungsplan geändert werden muss. Der Beschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren wurde am 02.11.2022 von der Gemeindevertretung gefasst.

2. Lage und Größe des Plangebietes

Die Gemeinde Röderland befindet sich im Süden Brandenburgs an der Grenze zum Freistaat Sachsen. Sie gehört zum Landkreis Elbe-Elster (Verwaltungssitz Herzberg) und untergliedert sich in insgesamt sieben Ortsteile. Der Ortsteil Wainsdorf liegt im Südosten der Gemeinde und ist überwiegend mit Wohngebäuden und landwirtschaftlichen Hofstellen bebaut. Durch den Ortsteil verlaufen die B101 sowie die Fernbahntrasse zwischen Berlin und Dresden (sog. Dresdener Bahn).

Der Änderungsbereich des Flächennutzungsplans befindet sich nordwestlich des Wainsdorfer Ortskerns. Nördlich schließt sich an den Änderungsbereich ein Siedlungsausläufer des Ortsteils Präsen an. Das Plangebiet wird im Osten durch die Bahntrasse und in westlicher Richtung durch Waldflächen begrenzt. Quer durch den Änderungsbereich verläuft zudem eine 110-kV-Hochspannungs-Freileitung. Der Geltungsbereich hat insgesamt einen Umfang von ca. 25 ha (s. Abb. 1).

4.2 Verfahrensschritte

Nach den Bestimmungen des BauGB muss das Änderungsverfahren eines Flächennutzungsplans im Regelverfahren mit einer zweistufigen, d.h. frühzeitigen und förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden durchgeführt werden. Weiterhin ist gemäß § 2 Abs. 4 BauGB auf Grundlage einer Umweltprüfung ein Umweltbericht zu erstellen. Ein Umweltbericht nach § 2a BauGB liegt als gesonderter Teil der Begründung vor.

Im Rahmen dieses Planverfahrens wurden bzw. werden folgende Verfahrensschritte durchgeführt:

Verfahrensschritt	Zeitangabe
Änderungsbeschluss durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Röderland (Vorlagen-Nr. 039/2022) Bekanntgemacht im Amtsblatt der Gemeinde Röderland (Jahrgang 31, Nr. 5) am 10.5.2023	02.11.2022
Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB	17.05.2023 – 16.06.2023
Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB durch Offenlage der Vorentwurfsunterlagen	17.05.2023 – 16.06.2023
Förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB	- wird ergänzt -
Förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB	- wird ergänzt -
Feststellungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB	- wird ergänzt -

Die Ergebnisse der Beteiligung werden in Abschnitt V „Ergebnisse der Beteiligung, Schlussabwägung“ dargelegt.

II GRUNDLAGEN DER PLANUNG

5. Planerische und rechtliche Grundlagen

5.1 Landesentwicklungsplanung

Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung auf Landesebene ergeben sich aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) sowie aus dem Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007). Nachfolgend werden alle für die Planänderung relevanten Festlegungen aufgeführt und auf ihre Vereinbarkeit mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan überprüft.

§ 2 Abs. 3 LEPro 2007

In den ländlichen Räumen sollen in Ergänzung zu den traditionellen Erwerbsgrundlagen neue Wirtschaftsfelder erschlossen und weiterentwickelt werden.

Berücksichtigung im Flächennutzungsplan

Der Ausbau von und die Versorgung mit Erneuerbaren Energien ist eine zentrale Aufgabe zur Transformation der bundesweiten Volkswirtschaft hin zu einer klimafreundlichen, nachhaltigen Wirtschaft. Durch den hohen Flächenbedarf von Photovoltaik- und Windenergieanlagen zur Energieerzeugung in industriellem Maßstab sind ländliche, weniger dicht besiedelte Räume zur Aufnahme dieser Anlagen prädestiniert. Sie stellen ein neues Wirtschaftsfeld für den ländlichen Raum dar, zu deren Erschließung und Weiterentwicklung die Planung beiträgt.

§ 4 Abs. 2 LEPro 2007

Durch eine nachhaltige und integrierte ländliche Entwicklung sollen die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, die touristischen Potenziale, die Nutzung regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe in den ländlichen Räumen als Teil der Kulturlandschaft weiterentwickelt werden.

G 4.1 LEP HR

Kulturlandschaften sollen auf regionaler Ebene identifiziert und weiterentwickelt werden.

Ansatzpunkte hierfür gibt es insbesondere in

- historisch bedeutsamen Kulturlandschaften,*
- von starkem Nutzungswandel betroffenen suburbanen und ländlichen Räumen,*
- Gebieten, die aufgrund der Aufgabe von militärischen, bergbaulichen oder sonstigen Nutzungen einen außergewöhnlichen Sanierungs- und Gestaltungsbedarf aufweisen sowie*
- grenzübergreifenden Kulturlandschaften.*

Berücksichtigung im Flächennutzungsplan

Die Integration neuer Wirtschaftsformen und Anlagentypen in die bestehende Kulturlandschaft dient nicht nur der Erhaltung, sondern auch der Entwicklung selbiger. Das erkennt auch der Plangeber des LEP HR an, der in der Begründung zu G 4.1 eine verträgliche Integration von Außenbereichsnutzungen, wie z.B. Erneuerbare Energien, in die Kulturlandschaft fordert. Diese Anlagen sind mithin als Teil der modernen Kulturlandschaft selbst anzusehen und prägen diese mit. Vorliegend befindet sich das Plangebiet in unmittelbarer Nähe einer Bahnstrecke, einer Bundes- sowie einer Landesstraße. Zur offenen Landschaft nach Westen hin ist es überwiegend durch mehrere Wäldchen bzw. Baumreihen getrennt. Lediglich partiell ist die Anlage auch von der „weiten Flur“ einsehbar, sodass – auch wegen der infrastrukturell-technischen Überprägung der Fläche insb. aufgrund von Bahngleisen und Freileitung – eine verträgliche Integration in die Kulturlandschaft gegeben ist. Der Änderungsbereich liegt im Übrigen nicht innerhalb eines kulturlandschaftlichen Handlungsraums. Somit entspricht die Planänderung den Grundsätzen des LEPro 2007 und des LEP HR.

§ 6 Abs. 2 LEPro 2007

Die Inanspruchnahme und die Zerschneidung des Freiraums, insbesondere von großräumig unzerschnittenen Freiräumen, sollen vermieden werden. Zerschneidungswirkungen durch bandartige Infrastruktur sollen durch räumliche Bündelung minimiert werden.

G 6.1 LEP HR

- (1) Der bestehende Freiraum soll in seiner Multifunktionalität erhalten und entwickelt werden. Bei Planungen und Maßnahmen, die Freiraum in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, ist den Belangen des Freiraumschutzes besonderes Gewicht beizumessen.*
- (2) Der landwirtschaftlichen Bodennutzung ist bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen. Die Weiterentwicklung von Möglichkeiten der Erzeugung nachhaltiger ökologisch produzierter Landwirtschaftsprodukte ist in Ergänzung zu konventioneller Erzeugung von besonderer Bedeutung.*

Berücksichtigung im Flächennutzungsplan

Der Änderungsbereich liegt außerhalb des Freiraumverbunds nach Z 6.2 LEP HR, nimmt aber dennoch am Freiraum teil. Sowohl durch die oberirdisch über die Vorhabenfläche geführte Hochspannungsleitung als auch durch die direkt östlich angrenzende Bahntrasse liegt bereits eine Zerschneidung im Sinne des LEP HR bzw. LEPro 2007 vor. Auch wenn Photovoltaik-Freiflächenanlagen an sich keine bandartige Infrastruktur darstellen, tragen sie durch ihr Erscheinungsbild (in der Regel Einzäunung der Anlagen, teilweise überbaute Flächen) doch zur Zerschneidung des Freiraums bei. Insofern fördert die Planänderung durch die Inanspruchnahme bereits zerschnittener Flächen die Grundsätze der Raumordnung.

G 6.1 Abs. 2 LEP HR misst der Landwirtschaft in der Abwägung gegenüber konkurrierenden Nutzungen ein besonderes Gewicht bei, d.h. auch gegenüber einer Nutzung der Flächen mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen. Bei den Böden innerhalb des Plangebiets liegt gemäß den Angaben zur Bodenschätzung¹ die Bodenzahl flächendeckend unter 30, stellenweise sogar

¹ Vgl. <https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?url=https://geoportal.brandenburg.de/gs-json/xml?fileid=bfa0-4b42-9c9b-43d00342e7ca>, Zugriff am 9.2.2023

unter 20. Die Ackerzahl liegt nur stellenweise bei 30, im Übrigen deutlich darunter. Die Zustandsstufen gemäß Ackerschätzungsrahmen² divergieren zwischen 4 und 5. Es handelt sich demnach nicht um besonders ertragreiche Böden. Weiterhin ist § 2 Satz 2 EEG zu berücksichtigen, wonach erneuerbare Energien als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung einzustellen sind. Aufgrund der Vorbelastung des Standortes aus anderen Gründen (s. Zerschneidung, weitere Verkehrswege etc.) überwiegen daher andere Belange gegenüber den landwirtschaftlichen, sodass der Grundsatz G 6.1 Abs. 2 LEP HR abwägungsgerecht überwunden werden kann.

G 7.4 LEP HR

- (1) Leitungs- und Verkehrstrassen sollen räumlich gebündelt werden, soweit sicherheitsrelevante Belange nicht entgegenstehen.*
- (2) Für Vorhaben der technischen Infrastruktur im Außenbereich sollen vorgeprägte raumverträgliche Standorte mit- oder nachgenutzt werden.*
- (3) Bei Infrastruktur- und anderen Vorhaben mit einem nicht nur unwesentlichen Verkehrsaufkommen soll eine funktionsgerechte Anbindung an das Verkehrsnetz einschließlich öffentlicher Verkehrsmittel sichergestellt werden.*

Berücksichtigung im Flächennutzungsplan

Ausweislich der Begründung des G 7.4 LEP HR sollen vorrangig eine Zerschneidung des Freiraums verhindert, eine Nach- oder Weiternutzung bestehender Standorte gesichert und eine Bündelung der Infrastrukturen angestrebt werden. Die Planung trägt nicht zur erstmaligen Zerschneidung des Freiraums bei und wird in unmittelbarer Nachbarschaft zu anderen Verkehrs- und technischen Infrastrukturen vorgenommen. Insofern unterstützt sie die Zielstellung des G 7.4 LEP HR.

§ 6 Abs. 1 LEPro 2007

[...] Den Anforderungen des Klimaschutzes soll Rechnung getragen werden.

G 8.1 LEP HR

- (1) Zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase sollen*
 - eine energiesparende, die Verkehrsbelastung verringernde und zusätzlichen Verkehr vermeidende Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung angestrebt werden,*
 - eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien, getroffen werden.*

Berücksichtigung im Flächennutzungsplan

Die Änderung des Flächennutzungsplans dient der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage und somit dem Ausbau Erneuerbarer Energien. Dabei wird darauf geachtet, dass ein bereits durch diverse Infrastrukturen vorbelasteter Raum in Anspruch genommen wird. Somit

² Vgl. Verwaltungsrichtlinien zum Gesetz zur Schätzung des landwirtschaftlichen Kulturbodens, Tabelle 1.

trägt die Planänderung zur räumlichen Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung im Sinne des Grundsatzes bei.

5.2 Regionalplanung

Die Gemeinde Röderland gehört zur Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald, die mehrere sachliche Teilpläne aufgestellt hat. In den Teilplänen „Grundfunktionale Schwerpunkte“ und „Gewinnung und Sicherung oberflächennaher Rohstoffe“ werden keine Festlegungen zum Änderungsbereich des Flächennutzungsplans getroffen.

Der integrierte Regionalplan befindet sich derzeit in Aufstellung (Veröffentlichung des Aufstellungsbeschlusses im Brandenburger Amtsblatt am 1. April 2020). In Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung sind als sonstige Erfordernisse der Raumordnung im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG zu berücksichtigen. Da bislang noch keine Entwürfe des integrierten Regionalplans öffentlich ausgelegt haben, sind die geplanten Festlegungen nicht weiter konkretisiert und können daher nicht im Rahmen dieser Planung Berücksichtigung finden.

Weiterhin wird derzeit der sachliche Teilregionalplan „Windenergienutzung“ aufgestellt. Vom 2. November 2023 bis 10. Januar 2024 wurde der erste Entwurf veröffentlicht und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Im Entwurf ist im Hoheitsgebiet der Gemeinde Röderland ein Windeignungsgebiet festgelegt, das sich zwischen Saathain und Präsen befindet. Für das Plangebiet selbst werden keine Festlegungen getroffen, die im weiteren Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen wären.

5.3 Sonstige Konzepte

Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg

Die Ministerien für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK), für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) sowie für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) des Landes Brandenburg haben im August 2023 eine „Gemeinsame Arbeitsempfehlung Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA)“ veröffentlicht. Es handelt sich dabei um eine Arbeitshilfe bzw. Handlungsempfehlung³ und keine die Gemeinde Röderland rechtlich bindende Vorgabe. Sie enthält Empfehlungen zur Standortwahl, zur Planung und Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen und soll als Orientierungshilfe dienen.

Als Positivkriterien werden Flächen, deren Lebensraumfunktion erheblich beeinträchtigt ist, benannt. Dazu zählen z.B. durch Lärm oder Zerschneidung besonders betroffene Flächen. Ebenso ist ein technisch stark überprägtes Landschaftsbild als Positivkriterium festgehalten. Als Ausschlusskriterium sind neben diversen Schutzgebieten auch Böden mit einer hohen Ausprägung ihrer Bodenfunktion gemäß § 2 BBodSchG aufgeführt – Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen demnach auf weniger schutzwürdige Böden ausweichen.

Legt man die so definierten Maßstäbe zugrunde, entspricht die Planänderung den genannten Kriterien: Durch die nahegelegene Bahnstrecke besteht für große Teile des Plangebiets eine Lärmbetroffenheit (vgl. Abb. 2). Die Lebensraumfunktion ist für diese Flächen insofern erheblich beeinträchtigt. Die durch die Fläche führende Hochspannungs-Freileitung, die südlich angrenzende Landstraße und die Bahnstrecke überprägen das Plangebiet zudem als technische Infrastrukturen, sodass auch das Merkmal des stark überprägten Landschaftsbildes zu bejahen ist. Auch die Böden weisen keine besonders ausgeprägte Funktion auf, sondern sind den

³ Vgl. MLUK/MIL/MWAE (Hrsg.): Gemeinsame Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg, S. 1.

Bodenzustandsstufen vier bis fünf zuzuordnen. Die Boden- und Ackerzahlen liegen flächen-
deckend bei 30 oder weniger, teilweise sogar deutlich unter diesem Wert.

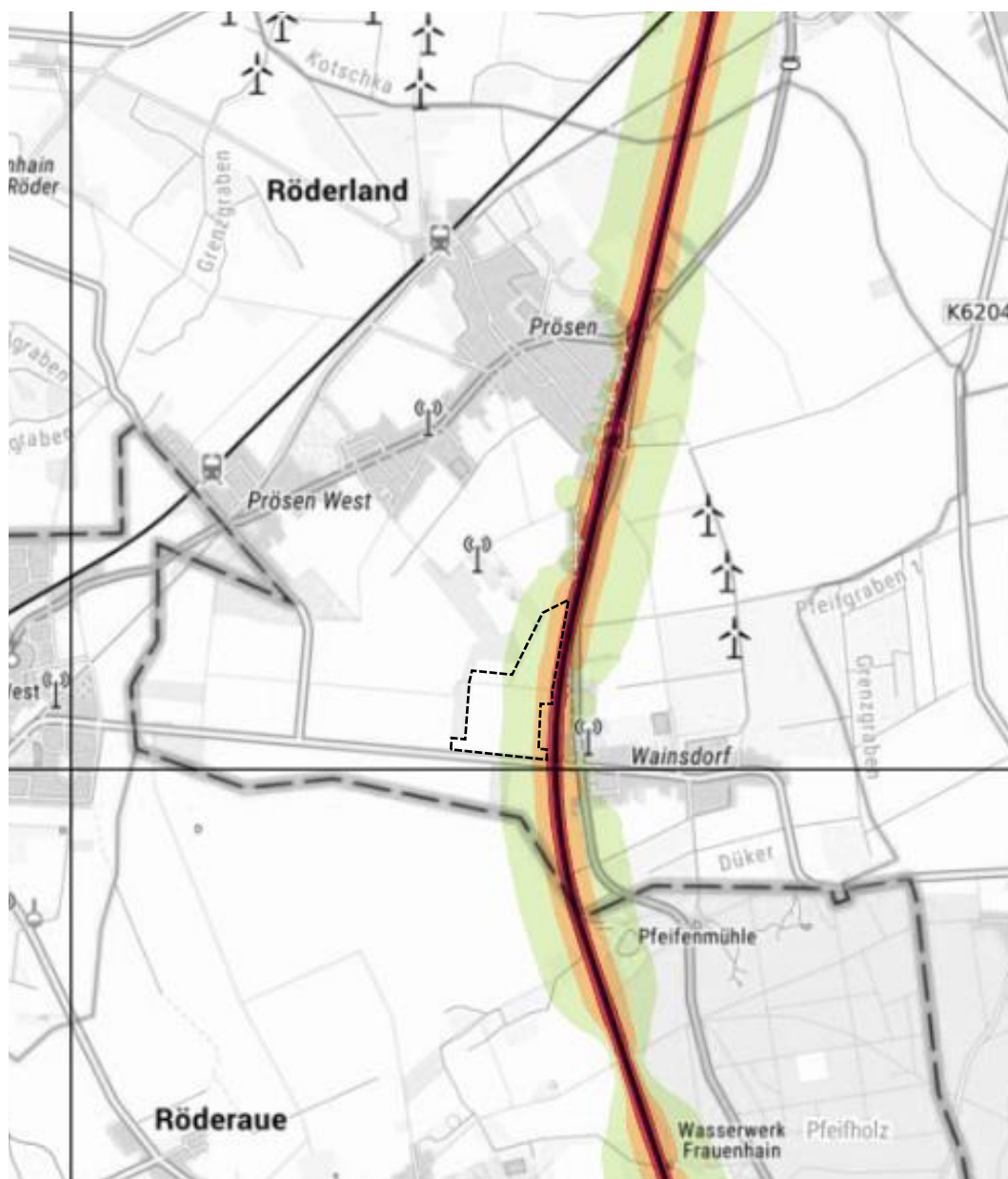


Abb. 2: Auszug aus der Umgebungslärmkartierung an Schienenwegen von Eisenbahnen des Bundes (Stand: 30.6.2022, Quelle: Eisenbahn-Bundesamt) mit Skizze des Plangebiets

Solaratlas Brandenburg

Der Solaratlas Brandenburg bietet als Teil des Energieportals Brandenburg einen Überblick über nutzbare Flächen für solartechnische Anlagen. Neben den für Freiflächen-Photovoltaikanlagen geeigneten EEG-Flächen stellt der Solaratlas ebenso die Potenziale für Freiflächen-Photovoltaikanlagen außerhalb der EEG-förderfähigen Flächenkulisse in allen Brandenburger Kommunen dar.

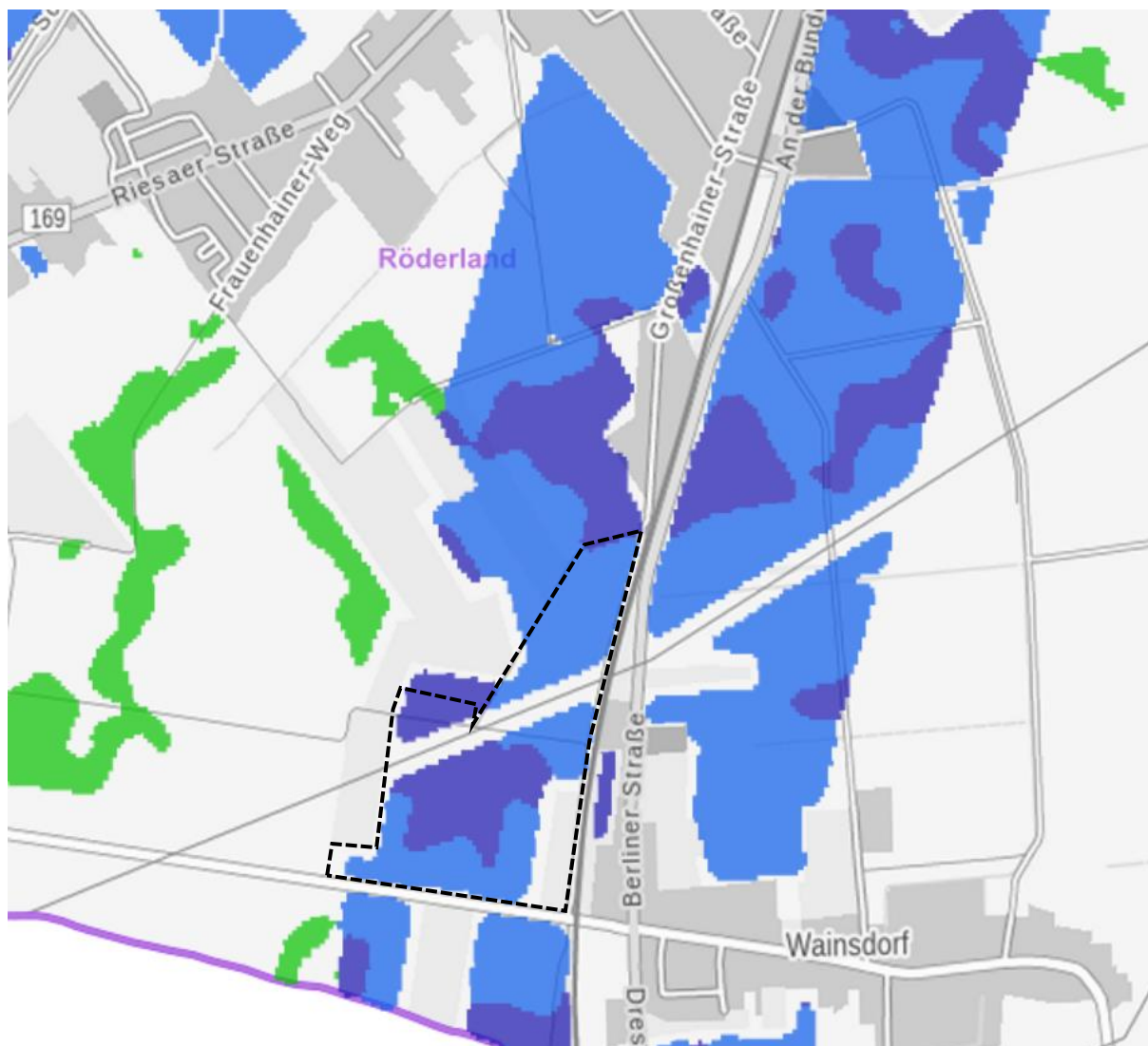


Abb. 3: Auszug aus dem Solaratlas Brandenburg (Stand: 16.2.2024, Quelle: Energieportal Brandenburg, <https://energieportal-brandenburg.de/cms/inhalte/tools/solaratlas-brandenburg/freiflaechen>) mit Skizze des Plangebiets (schwarz gestrichelt)

Nach den Darstellungen des Solaratlas Brandenburg liegt das Plangebiet nahezu vollständig innerhalb einer für Freiflächenanlagen geeigneten Fläche (vgl. Abb. 3). Für zentrale Bereiche des südlich der Freileitung gelegenen Gebiets werden zudem Bodenwertzahlen von weniger als 23 (dunkler Blauton) ausgewiesen.

5.4 Sonstige rechtliche Vorschriften

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Das letztmalig durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.02.2024 (BGBl. I Nr. 33) geänderte Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) dient der Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf Erneuerbaren Energien beruht. Es unterstützt und fördert auf unterschiedliche Weise den Ausbau der Erneuerbaren Energien und normiert, dass die Errichtung von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien

im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Diesen Anlagen ist daher in der Schutzgüterabwägung eine vorrangige Bedeutung beizumessen (§ 2 EEG).⁴

Gemäß § 3 Nr. 41a und 41b EEG wird in Solaranlagen des ersten und des zweiten Segments unterschieden. Zu den Solaranlagen des ersten Segments zählen Photovoltaikanlagen auf Freiflächen und auf, an oder in baulichen Anlagen, die nicht Gebäude oder Lärmschutzwand sind. Zu den Solaranlagen des zweiten Segments zählen dagegen Solaranlagen auf, an oder in Gebäuden oder Lärmschutzwänden. Im Weiteren wird der Fokus auf das erste Segment gelegt, da sich die Änderung des Flächennutzungsplans auf die Errichtung einer klassischen Freiflächen-Photovoltaikanlage beschränkt.

Weiter konkretisiert werden die Anforderungen an Solaranlagen des ersten Segments in § 37 Abs. 1 EEG. Demnach dürfen nur Gebote für Anlagen auf baulichen Anlagen oder Flächen abgegeben werden, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen. § 37 Abs. 1 Nr. 1 EEG erfasst Anlagen auf sonstigen baulichen Anlagen, die nicht zum Zwecke der Energieerzeugung errichtet wurden. Die Regelung ist somit für die hier in Rede stehenden Anlagen nicht einschlägig. Der nachfolgende § 37 Abs. 1 Nr. 2 EEG erfasst diverse Flächentypen. Oftmals ist eine Anforderung, dass diese Flächen mit einem Bebauungsplan überplant sind bzw. ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst wurde. Eine Übersicht ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Buchstabe	Flächentyp: Eine Fläche, die...	Relevanz für die FNP-Änderung
a	zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans bereits versiegelt war,	Die Flächen sind unversiegelt, daher nicht einschlägig
b	zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans eine Konversionsfläche aus wirtschaftlicher, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung war,	Es bestehen keine Anhaltspunkte dafür, dass es sich beim Plangebiet um eine Konversionsfläche handelt – nicht einschlägig .
c	zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans längs von Autobahnen oder Schienenwegen lag, wenn die Freiflächenanlage in einer Entfernung von bis zu 500 Metern, gemessen vom äußeren Rand der Fahrbahn oder des Gleises, errichtet werden soll,	Die Flächen liegen längs von Schienenwegen und sind nicht mehr als 500 Meter von der Gleisanlage entfernt. Daher vollständig einschlägig .
d	die sich im Bereich eines beschlossenen Bebauungsplans nach § 30 des Baugesetzbuchs befindet, der vor dem 1. September 2003 aufgestellt und später nicht mit dem Zweck geändert worden ist, eine Solaranlage zu errichten,	Der Änderungsbereich ist bislang nicht durch einen Bebauungsplan überplant, daher nicht einschlägig .
e	Die in einem beschlossenen Bebauungsplan vor dem 1. Januar 2010 als Gewerbe- oder Industriegebiet im Sinn des § 8 oder 9 Baunutzungsverordnung ausgewiesen worden ist, auch wenn die Festsetzung nach dem 1. Januar 2010 zumindest auch mit dem Zweck geändert worden ist, eine Solaranlage zu errichten,	Der Änderungsbereich ist bislang nicht durch einen Bebauungsplan überplant, daher nicht einschlägig .
f	Für die ein Planfeststellungsverfahren, ein sonstiges Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung für Vorhaben überörtlicher Bedeutung oder ein Verfahren auf Grund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Er-	Der Änderungsbereich befindet sich nicht innerhalb eines planfestgestellten Bereichs, daher nicht einschlägig

⁴ Vgl. OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 7.2.2023 – 5 K 171/22 OVG sowie Maslaton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH (Hrsg.): Windenergie – OVG Münster wendet neue Rechtslage unverzüglich an, <https://www.maslaton.de/news/Windenergie--OVG-Muenster-wendet-neue-Rechtslage-unverzueglich-an--n897> (Zugriff am 28.02.2023)

	richtung und den Betrieb öffentlich zugänglicher Abfallbeseitigungsanlagen durchgeführt worden ist, an dem die Gemeinde beteiligt wurde,	
g	Die im Eigentum des Bundes oder der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stand oder steht und nach dem 31. Dezember 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verwaltet und für die Entwicklung von Solaranlagen auf ihrer Internetseite veröffentlicht worden ist,	Die Flächen stehen oder standen nicht im Eigentum des Bundes bzw. der BImA, daher nicht einschlägig
h	Deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Ackerland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in der Buchstaben a bis g oder j genannten Flächen fällt,	Das Land Brandenburg hat keine Verordnung nach § 37c EEG zur Bestimmung benachteiligter Gebiete erlassen, daher nicht einschlägig
i	Deren Flurstücke zum Zeitpunkt des Beschlusses über die Aufstellung oder Änderung des Bebauungsplans als Grünland genutzt worden sind und in einem benachteiligten Gebiet lagen und die nicht unter eine der in den Buchstaben a bis g oder j genannten Flächen fällt oder	Das Land Brandenburg hat keine Verordnung nach § 37c EEG zur Bestimmung benachteiligter Gebiete erlassen, daher nicht einschlägig
j	Die ein künstliches Gewässer im Sinn des § 3 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes oder ein erheblich verändertes Gewässer im Sinn des § 3 Nummer 5 des Wasserhaushaltsgesetzes ist.	Es befinden sich im Änderungsbereich keine Gewässer, daher nicht einschlägig

Das Vorhaben entspricht der vom EEG geförderten Flächenkulisse. Allerdings formuliert das EEG nur Anforderungen an Flächen, für die bei Errichtung von Solaranlagen des ersten Segments Gebote für den Erhalt eines EEG-Vergütungszuschlages abgegeben werden dürfen. Es regelt ausdrücklich nicht, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen ausschließlich auf solchen Flächen errichtet werden dürfen. Sofern solche Anlagen außerhalb der Flächenkulisse des EEG errichtet werden, können lediglich keine Ansprüche auf EEG-Vergütung erhoben werden. Das unternehmerische Risiko der Anlagenbetreiber ist entsprechend höher – weitere Konsequenzen z.B. für die räumliche Planung ergeben sich aber nicht.

Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV

Der Änderungsbereich wird von einer von Südwest und Nordost verlaufenden 110-kV-Hochspannungs-Freileitung durchlaufen. Somit ist auf die Emissionen, die von der Anlage ausgehen können, Rücksicht zu nehmen. Durch die Stromleitung können sich elektromagnetische Felder bilden, die nachteilige Auswirkungen auf den Menschen und die Umwelt haben können und daher als schädliche Umwelteinwirkungen i. S. d. § 3 Abs. 1 BImSchG einzustufen sind. Weitere Konkretisierungen enthalten die 26. BImSchV und die dazu erlassene Verwaltungsvorschrift (26. BImSchVVwV). Dabei sind in den §§ 2 bis 3a 26. BImSchV nicht nur die notwendige Einhaltung von Grenzwerten geregelt, sondern es sind nach § 4 Abs. 1 26. BImSchV auch Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Diese Vorsorge bzw. Minimierung der schädlichen Umwelteinwirkungen ist vor allem durch Abstände zwischen den Stromleitungen und schutzwürdigen Nutzungen (die 26. BImSchVVwV spricht von „maßgeblichen Minimierungsorten“) zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der Photovoltaik-Freiflächenanlage ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich sowohl die Grenzwerte als auch die Minimierungsmaßnahmen nur an Gebäude bzw. Grundstücke richten, die dem dauerhaften oder zumindest nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen dienen. Die Photovoltaik-Freiflächenanlage dient allerdings nicht dem nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen. Sobald sie errichtet und in Betrieb genommen worden ist, ist nur ein äußerst sporadischer Aufenthalt von Menschen notwendig. Aus den o.g. Vorschriften leiten sich somit keine Hinderungsstatbestände für die Planänderung ab.

Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG)

Das Brandenburgische Straßengesetz regelt die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Straßen in Brandenburg, sofern sie nicht dem Bundesfernstraßengesetz (FStrG) unterliegen. Für die Bauleitplanung besonders relevant ist § 24 Abs. 1 BbgStrG, nach dem außerhalb der Ortsdurchfahrten längs der Landes- und Kreisstraßen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung von bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, nicht errichtet werden dürfen. Der zweite Absatz statuiert einen Zustimmungsvorbehalt für bauliche Anlagen in einer Entfernung von bis zu 40 m längs der Fahrbahn von Landes- und Kreisstraßen, Absatz 8 enthält schließlich eine Ausnahmegenehmigung.

Allgemeines Eisenbahngesetz/Verwaltungsverfahrensgesetz

Die östlich an den Geltungsbereich des Bebauungsplans angrenzende Bahnstrecke (Berlin-Elsterwerda-Dresden) soll in den nächsten Jahren als sog. „Dresdner Bahn“ ausgebaut werden. Das Fachplanungsverfahren wird nach den Regelungen des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) sowie des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) durchgeführt. Eine erste Informationsveranstaltung der Bahn zum geplanten Ausbau der Strecke in Röderland fand am 15. November 2022 statt.⁵ Hierbei wurde über die geplanten Baumaßnahmen in der Gemeinde Röderland und dabei insbesondere über die Neugestaltung der Bahnübergänge in Präsen sowie Wainsdorf, den Neubau der Überführung am Pfuhlgraben, den Ausbau des Haltepunktes Präsen Ost sowie die Erneuerung des Durchlasses Lambertsgraben informiert. Weiterhin wurde über die notwendigen technischen Bauwerke (Lärmschutzwände) sowie die Einschränkungen während der Bauzeit informiert.

Für die vorliegende Bauleitplanung ist von besonderer Relevanz, inwiefern sie mit der Fachplanung abzustimmen ist. Das Rangverhältnis der (überörtlichen) Planfeststellung zur verbindlichen Bauleitplanung ist in § 38 BauGB geregelt. Dort heißt es:

„Auf Planfeststellungsverfahren und sonstige Verfahren mit den Rechtswirkungen der Planfeststellung für Vorhaben von überörtlicher Bedeutung sowie auf die auf Grund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für die Errichtung und den Betrieb öffentlich zugänglicher Abfallbeseitigungsanlagen geltenden Verfahren sind die §§ 29 bis 37 nicht anzuwenden, wenn die Gemeinde beteiligt wird; städtebauliche Belange sind zu berücksichtigen. Eine Bindung nach § 7 bleibt unberührt. § 37 Absatz 3 ist anzuwenden.“

Befinden sich beide Planungen noch im Verfahren, müssen die beiden Planungsträger wechselseitig die jeweils fremden Planungsabsichten in der eigenen Planung berücksichtigen. Das wichtigste Kriterium in der jeweiligen Abwägung ist dann das der zeitlichen Priorität.⁶ Grundsätzlich ist dann auf die Planung Rücksicht zu nehmen, die den zeitlichen Vorsprung hat. In der Konkurrenz zwischen hinreichend konkretisierter und verfestigter, aber noch nicht rechtsverbindlicher Fachplanung und Bauleitplanung muss letztere im Rahmen der Abwägung (§ 1 Abs. 7 BauGB) auf die in Aussicht genommene Fachplanung Rücksicht nehmen.⁷ Ebenso muss der Fachplanungsträger aber auf (ggf. noch nicht verfestigte), aber konkrete Planungsabsichten eines anderen Planungsträgers Rücksicht nehmen.

Im Speziellen regelt § 7 BauGB, dass öffentliche Planungsträger, die nach § 4 BauGB im Verfahren beteiligt wurden, ihre Planungen dem Flächennutzungsplan insoweit anzupassen haben, als sie diesem Plan nicht widersprochen haben. Von den Darstellungen des Flächennutzungsplans geht insofern eine Bindungswirkung aus, wenngleich die Möglichkeit eines nachträglichen Widerspruchs besteht. Vorliegend kann sich die Gemeinde Röderland allerdings

⁵ Vgl. DB Netze (Hrsg.): Baumaßnahmen in der Gemeinde Röderland, Präsentation vom 15.11.2022.

⁶ So ausdrücklich BVerwG, Beschl. v. 5.11.2002 – 9 VR 14/02, NVwZ 2003, 207; Rieger in Schrödter, BauGB (9. Aufl. 2019), § 38 Rn. 9.

⁷ So wörtlich BVerwG Beschl. vom 14.11.2012 - 4 BN 5.12 -, juris.

nicht auf § 7 BauGB berufen, da der Flächennutzungsplan noch keine Sonderbauflächen Photovoltaik darstellt, sondern aktuell eine landwirtschaftliche Fläche.

Konflikte in den Planungen bestehen vor allem bezüglich einer geplanten Baustelleneinrichtungsfläche sowie Flächen für artenschutzrechtlich erforderliche CEF-Maßnahmen. Daher ist zu klären, wie die Planungen aufeinander Rücksicht zu nehmen haben. Vorliegend wurde das Bauleitplanverfahren durch den Änderungsbeschluss am 02.11.2022 förmlich eingeleitet. Der Beschluss wurde auch zwei Wochen vor der Informationsveranstaltung zu den geplanten Baumaßnahmen in Röderland gefasst. In der Präsentation selbst wird die Baustelleneinrichtungsfläche nicht erwähnt. Das Bauleitplanverfahren wurde mit der frühzeitigen Beteiligung fortgesetzt, in deren Rahmen das Eisenbahnbundesamt und die DB Immobilien als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen beteiligt wurden. Das Eisenbahnbundesamt hat in seiner Stellungnahme darauf verwiesen, dass ein Antrag auf Planfeststellung vorliegt und um die Beteiligung des entsprechenden Projekts als Teil der DB Netz AG gebeten.

Am 22. Januar 2024 hat die Auslegung und Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 73 Abs. 2 VwVfG und § 18a AEG zum Planaufstellungsverfahren für das Bauvorhaben der Bahn begonnen. Erst zu diesem Zeitpunkt ist von einer hinreichenden Verfestigung der Fachplanung auszugehen.⁸ Durch die förmliche Einleitung des Verfahrens per Änderungsbeschluss und die frühzeitige Beteiligung, die eine Verfestigung der Planungsabsichten darstellt,⁹ genießt die Bauleitplanung einen zeitlichen Vorsprung. Das bedeutet zwar nicht, dass sie gegenüber dem Planfeststellungsverfahren vorrangig zu behandeln wäre. Allerdings ist auch keine uneingeschränkte Rücksichtnahme gegenüber den Planungen der Bahn erforderlich, sondern vielmehr eine gegenseitige Rücksichtnahme beider Planungen. Weitere Details sind dem Kapitel 7 und der dortigen Begründung der textlichen Darstellung zu entnehmen.

6. Beschreibung des Änderungsbereichs

6.1 Topographie und Baugrundverhältnisse

Der Änderungsbereich ist eben und weist keine topographischen Besonderheiten auf.

6.2 Vorhandene Bebauung und Nutzungen

Im Änderungsbereich befindet sich lediglich die Hochspannungs-Freileitung als bauliche Anlage. Die Flächen werden vor allem landwirtschaftlich genutzt.

6.3 Verkehrliche Infrastruktur und Erschließung

Der Änderungsbereich ist über die L 59 („Am Tunnel“) an die verkehrliche Infrastruktur angebunden. Die L 59 schafft in ihrem Verlauf diverse Anschlüsse an Bundesstraßen bzw. an die Bundesautobahn A 13 (Berlin – Dresden). Belange der zivilen Luftfahrt werden nicht berührt.

⁸ BVerwG, Beschl. v. 5.11.2002 – 9 VR 14/02, NVwZ 2003, 207 (208).

⁹ Rieger, in: Schrödter, BauGB (9. Aufl. 2019), § 38 Rn. 29.

6.4 Ver- und Entsorgungsanlagen

Für die weitere technische Erschließung ist vor allem die Anbindung an das Stromnetz relevant. Gespräche mit dem Verteilnetzbetreiber MITNETZ Strom mbH, dem auch die den Änderungsbereich querende Hochspannungs-Freileitung gehört, zu diesem Thema finden bereits statt.

6.5 Altlasten, Kampfmittel

Bislang liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung mit Altlasten oder das Vorhandensein von Kampfmitteln vor.

III INHALTE DER ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANS UND ALTERNATIVEN

7. Begründung der Darstellung zur Art der baulichen Nutzung

Der Flächennutzungsplan stellt künftig für den Änderungsbereich eine Sonderbaufläche „Photovoltaik“ dar.

Begründung:

Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage wird als Sonderbaufläche gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO dargestellt. Durch die Konkretisierung der Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ wird sichergestellt, dass sich lediglich ein auf die Zulässigkeit dieser Anlagen beziehender Bebauungsplan dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB entspricht. Anderweitige Hauptnutzungen, die typischerweise auch als Sondergebiet bzw. Sonderbaufläche geplant werden – z.B. Windkraftanlagen oder Einkaufszentren – werden somit für die nachfolgende Planungsebene ausgeschlossen.

Die Ausweisung als Sonderbaufläche „Photovoltaik“ entspricht dem erklärten stadtentwicklungspolitischen Ziel der Gemeinde Röderland, an diesem Standort keine anderweitige Siedlungsentwicklung vorzubereiten oder zu ermöglichen. Damit verbieten sich andere grundsätzlich ebenfalls denkbare Ausweisungen wie eine gewerbliche oder gemischte Baufläche. Auch der Umstand, dass parallel ein Bebauungsplan aufgestellt wird, der im Wesentlichen eine Photovoltaik-Freiflächenanlage ermöglichen soll, spricht für die Darstellung der Fläche als Sonderbaufläche „Photovoltaik“.

Textliche Darstellung – Bedingte Nutzung

Die bauliche und sonstige Nutzung der „Sonderbaufläche Photovoltaik Bahn“ ist unzulässig, bis die Fläche aus dem Planfeststellungsbeschluss „ABS Berlin-Dresden, 2. Baustufe; Strecke 6135: Berlin – Elsterwerda, Strecke 6248: Dresden – Elsterwerda; Planfeststellungsabschnitt 3.1; Str. 6135 km 122,1+49 – km 124,5+63, Str. 6248 km 50,3+60 – km 46,9+40“ entlassen ist.

Begründung:

Für die östlich an den Änderungsbereich angrenzende Bahnstrecke läuft derzeit ein Planfeststellungsverfahren nach den §§ 18 ff. AEG¹⁰ zum Ausbau der Strecke Berlin – Elsterwerda – Dresden. Im Zuge dieser Maßnahme müssen entlang der Strecke Baustelleneinrichtungsflächen gesichert werden, um die Materialien für den Streckenausbau zu lagern. Diese Flächen sind ebenfalls Gegenstand des Planfeststellungsbeschluss und unterliegen somit dem Fachrecht. Eine dieser Baustelleneinrichtungsflächen soll im Änderungsbereich des Flächennutzungsplans in der „Sonderbaufläche Photovoltaik Bahn“ liegen. Für den Streckenausbau wird die Fläche voraussichtlich bis 2029 benötigt.

Da der Darstellungskatalog in § 5 Abs. 2 BauGB nicht abschließend ist, ist die Gemeinde Röderland berechtigt, auch eigene Darstellungsmöglichkeiten zu entwickeln. Diese müssen lediglich städtebaulich begründet und somit erforderlich sein. Da § 9 Abs. 2 BauGB ausdrücklich aufschiebend bedingte Festsetzungen im Bebauungsplan zulässt, ist eine korrespondierende Darstellung im Flächennutzungsplan erst recht zulässig. Demnach ist eine bauliche oder sonstige Nutzung erst zulässig, wenn die „Sonderbaufläche Photovoltaik Bahn“ aus dem in

¹⁰ Allgemeines Eisenbahngesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2396; 1994 I S. 2439), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 409) geändert worden ist.

der Darstellung genannten Planfeststellungsbeschluss entlassen ist. Der parallel aufgestellte Bebauungsplan enthält eine korrespondierende Festsetzung für diese Teilfläche.

8. Standortalternativen

Für Freiflächen-Photovoltaikanlagen bestehen grundsätzlich viele denkbare Planungsalternativen. Das gilt in besonderem Maße für die Gemeinde Röderland, die lediglich nördlich des Ortsteils Haida einen besonders hohen Waldanteil aufweist. Südlich der Schwarzen Elster, die das Gemeindegebiet im Norden durchläuft, ist die Freiraumstruktur überwiegend durch landwirtschaftliche Flächen geprägt, die grundsätzlich Alternativstandorte darstellen.

Um sich einer realistischen Flächenkulisse anzunähern, hat die Gemeinde Röderland folgende planerische Prämissen verfolgt:

- Eine Inanspruchnahme von Waldflächen soll vermieden werden. Zwar scheiden Waldflächen nach dem Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG)¹¹ nicht grundsätzlich für eine Photovoltaiknutzung aus, in Abwägung mit landwirtschaftlichen Flächen sollen Waldflächen aber erst nachrangig beansprucht werden.
- Die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen in Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie FFH-Gebieten soll nicht ermöglicht werden – unabhängig davon, ob die Schutzgebietsziele im Einzelnen eine Bebauung mit solchen Anlagen zulassen würden oder nicht.
- Die festgelegten Überschwemmungsgebiete gemäß § 76 WHG¹² bzw. Hochwasserrisikogebiete gemäß § 78b WHG sollen ebenfalls nicht durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen beansprucht werden. Zwar mögen Freiflächen-Photovoltaikanlagen nicht grundsätzlich eine ähnlich negative Auswirkung auf den Wasserablauf haben wie sonstige bauliche Anlagen. Trotzdem soll dem gesetzgeberischen Ziel, diese Flächen so weit wie möglich von Bebauung freizuhalten, Rechnung getragen werden.

Legt man diese Maßstäbe an, verbleiben nur noch südlich des Ortsteils Reichenhain, westlich des Ortsteils Stolzenhain sowie im östlichen Teil der Gemeinde Röderland (östlich von Stolzenhain) größere Flächenpotenzial (sog. Suchraum).

Im nächsten Schritt ist zu berücksichtigen, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen (sofern sie nicht als Agri-Photovoltaikanlagen ausgebildet werden) in Nutzungskonkurrenz zur Landwirtschaft stehen. Lokal oder regional ertragreiche Böden sollen daher geschont werden und die Freiflächen-Photovoltaikanlagen dort errichtet werden, wo ein ohnehin nur eingeschränktes Ertragspotenzial besteht. Die ertragsschwächsten Böden in der Gemeinde Röderland innerhalb des Suchraums befinden sich einerseits im Korridor westlich von Stolzenhain und südlich von Reichenhain, östlich von Präsen sowie südlich von Präsen und westlich von Wainsdorf. Dieses Ergebnis wird auch durch den Solaratlas Brandenburg gestützt.¹³ Der Änderungsbe-
reich des Flächennutzungsplans befindet sich im letztgenannten Teilraum und gehört somit gemeindeweit zu den ertragsschwächsten Standorten.

Weitere Eignungskriterien, wie z.B. die Verortung innerhalb der Flächenkulisse nach EEG oder die Vorbelastung des Landschaftsbildes, sprechen ebenfalls für eine Inanspruchnahme des Änderungsbereichs: Der Änderungsbereich ist durch die Bahntrasse sowie die 110-kV-Freilei-

¹¹ vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2019 (GVBl. I/19, Nr. 15).

¹² Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5).

¹³ Energieportal Brandenburg (Hrsg.): Solaratlas Brandenburg, <https://energieportal-brandenburg.de/cms/inhalte/tools/solaratlas-brandenburg/freiflaechen>, Zugriff am 16.2.2024.

tung vorgeprägt, sodass sich hier eine Inanspruchnahme der Flächen für Freiflächen-Photovoltaik aufdrängt. Es ist nicht ersichtlich, dass es nach Prüfung der o.g. Kriterien in der Gemeinde Röderland deutlich besser geeignete Alternativen gibt, sodass sich der Standort auch im Rahmen der objektiven Alternativenprüfung als vorzugswürdig erweist.

IV AUSWIRKUNGEN DER PLANUNG, KOSTEN, FLÄCHENBILANZ

9. Auswirkungen der Planung

9.1 Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung

Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien stellen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Kommunen dar – nicht nur durch mögliche Gewerbesteuerereinnahmen, sondern auch durch mittelbare Effekte. So spielt die klimafreundliche Energieerzeugung eine wichtige Rolle bei der Standortwahl von Unternehmen. Die Ansiedlung Erneuerbarer Energien kann daher dazu beitragen, mittelfristig auch neue Gewerbestandorte in der Gemeinde zu entwickeln.

9.2 Bevölkerung

Die Planung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Bevölkerung und ihre Entwicklung.

9.3 Verkehr

Es ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den gesamtgemeindlichen oder überörtlichen Verkehr.

9.4 Emissionen

Von dem durch die Planänderung vorbereiteten Vorhaben sind nach der Realisierung keine im Sinne des BImSchG schädlichen (oder anderweitigen) Immissionen zu erwarten. Photovoltaikanlagen arbeiten nahezu emissionsfrei. Es werden i. d. R. weder Lärm noch Staub oder Abgase freigesetzt. Zum Thema Blendwirkungen wurde ein Gutachten eingeholt, das Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens ist.

9.5 Bodenschutz, Klimaschutz

Durch die Planänderung werden bislang unversiegelte Flächen in Anspruch genommen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese deutlich geringer als durch andere bauliche Anlagen ausfällt. Freiflächen-Photovoltaikanlagen werden im Regelfall auf Modultischen aufgeständert, sodass nur ein geringer Teil der Flächen tatsächlich versiegelt wird. Die größten Teile des Änderungsbereichs werden künftig lediglich durch Anlagen überdeckt. Gleichwohl werden die Bodenfunktionen auch in den überdeckten Bereichen teilweise eingeschränkt, sodass nachteilige Auswirkungen vorliegen können. Diese sind auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung durch festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren.

Gemäß § 1a Abs. 2 Satz 2 BauGB sind landwirtschaftliche Flächen nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Nach Satz 4 dieser Regelung ist die Inanspruchnahme unter der Berücksichtigung von Innenentwicklungspotenzialen auch besonders zu begründen. Die Betrachtung von Innenentwicklungspotenzialen erübrigt sich beim in Rede stehenden Vorhaben, da Photovoltaik-Freiflächenanlagen im Innenbereich keine Flächen in geeignetem Umfang vorfinden können. Auch der Verweis auf das Potenzial von Dachflächen-Photovoltaikanlagen trägt nicht, da es sich bei den unterschiedlichen Formen – wie es der Bundesgesetzgeber explizit im EEG festgelegt hat – nicht um einander entgegenstehende, sondern ergänzende Formen der Photovoltaiknutzung handelt.

Dass die landwirtschaftliche Nutzung in Zukunft innerhalb des Änderungsbereichs nicht mehr ausgeübt werden kann, ist begründbar. Die Alternativenprüfung (vgl. Kapitel 8) legt dar, dass es in der Gemeinde Röderland keine offensichtlich besser geeigneten Alternativen gibt. Es

handelt sich um ertragsschwache Böden. Der weit überwiegende Teil des Änderungsbereichs liegt in der Flächenkulisse gemäß EEG, die als besonders geeignet für Photovoltaik-Freiflächenanlagen gilt. Zudem räumt § 2 EEG den Erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse ein, das in der Abwägung entsprechend zu berücksichtigen ist. Diese Aspekte wiegen schwerer als die Bodenschutz- und Umwidmungssperrklausel des § 1a Abs. 2 BauGB.

Durch die Nutzung von Sonnenenergie wird eine erneuerbare Energieform gefördert, die in umweltfreundlicher und klimaschonender und -schützender Weise zur Energieversorgung beiträgt. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Klima sind somit ausdrücklich positiv.

9.6 Auswirkungen auf die Umwelt und den Artenschutz

Von der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage gehen in der Regel keine nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt aus. Insbesondere sorgt auch die Versickerung von Niederschlagswasser nicht für eine Belastung des Grundwassers, da bei modernen Photovoltaikanlagen keine schädlichen Stoffe „ausgewaschen“ werden können.

Durch die Entnahme einer Fläche aus der landwirtschaftlichen Nutzung und die Ansaat von Grünland entstehen umweltfachlich deutlich höher zu bewertende Flächen. Das schlägt sich nicht nur in einer höheren Dichte unterschiedlicher Pflanzenarten nieder, sondern es werden auch Lebensräume für die Fauna geschaffen. Die Auswirkungen auf die Biodiversität sind daher als sehr positiv zu bewerten.¹⁴

Genauere Ausführungen zu den Auswirkungen auf die Umwelt und den Artenschutz sind dem Umweltbericht als gesondertem Teil der Begründung sowie den Unterlagen zum Bebauungsplan zu entnehmen.

9.7 Haushalt der Gemeinde und Kosten der Planung

Der Haushalt der Gemeinde wird durch die Planänderung nicht belastet. Es fällt lediglich der Aufwand an, den die Verwaltungsmitarbeiter im Rahmen des Verfahrens als Arbeitszeit investieren. Sofern im weiteren Verlauf des Bauleitplanverfahrens gutachterliche Untersuchungen (z.B. ein Blendgutachten) notwendig sein sollten, wird der Vorhabenträger die entstehenden Kosten übernehmen.

10. Flächenbilanz

Die nachfolgende Tabelle stellt die Flächengrößen im Plangebiet dar.

Nutzungsart	Größe m ²	Anteil
Sonderbaufläche	251.284	100%
SUMME	251.284	100%

¹⁴ Vgl. dazu auch Peschel/Peschel: Photovoltaik und Biodiversität – Integration statt Segregation!, NuL 2023, 18 sowie Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (Hrsg.): Solarparks – Gewinne für die Biodiversität.

V ERGEBNISSE DER BETEILIGUNG, SCHLUSSABWÄGUNG

11. Darstellung der Beteiligung im Planverfahren

11.1 Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange (TöB) fand zwischen dem 17.05.2023 und 16.06.2023 statt. Es wurden insgesamt 57 Behörden und TöB angeschrieben, von denen 33 – teils außerhalb der Frist – geantwortet haben. Die Stellungnahmen haben zu keiner Überarbeitung der Darstellungen geführt.

Die Hinweise und Anregungen flossen in die Begründung ein; Einzelheiten ergeben sich aus der Abwägungstabelle, die Bestandteil der Verfahrensakte ist.

11.2 Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde am 10.05.2023 im Amtsblatt der Gemeinde Röderland (Jahrgang 31, Nr. 5) bekanntgemacht. Die Unterlagen lagen im Zeitraum vom 17.05.2023 bis 16.06.2023 in der Gemeinde Röderland, Kotschkaer Weg 1b, 04932 Röderland sowie parallel im Internet aus.

Im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gingen zwei Stellungnahmen ein, die sich zur Zugänglichkeit von Wegen äußerten und keinen Einfluss auf die Darstellungen des Flächennutzungsplans hatte.

11.3 Förmliche Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB

- wird fortgeschrieben –

11.4 Förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB

- wird fortgeschrieben –

12. Schlussabwägung

- wird fortgeschrieben

VI WESENTLICHE RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist.
- Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.
- Bauordnung des Landes Brandenburg (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl. I/18, Nr. 39), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2023 (GVBl. I/23 Nr. 18).
- Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl. I S. 1802).
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240).
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (BbgNatSchAG) vom 21.01.2013 (GVBl. I/13, Br. 3; ber. GVBl. I/13, Nr. 21), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25.09.2020 (GVBl. I/20, Nr. 28).
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 202) geändert worden ist.
- Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Februar 2024 (BGBl. I Nr. 33) geändert worden ist.